



Gemeinsamer Appell von Wohlfahrts- und Umweltverbänden und Gewerkschaften in Baden-Württemberg: die ökologische Transformation muss sozial gestaltet werden

Ökologie und Soziales gehören zusammen

Die freigemeinnützigen Wohlfahrtsverbände, die Umweltverbände und der Deutsche Gewerkschaftsbund Baden-Württemberg sehen, dass soziale und ökologische Herausforderungen verbunden sind. Sie sind bereit, ihren Beitrag für die sozial-ökologische Wende zu leisten und fordern von Entscheidungsträgern in Politik, Verwaltung Wirtschaft und Gesellschaft sowohl den Schulterschluss als auch die erforderliche Unterstützung.

Die Klimakrise und die Bedrohung des gesellschaftlichen Friedens durch soziale Spaltung sind *DIE* übergeordneten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Wir sehen uns in unterschiedlicher Weise verpflichtet, unseren Beitrag zu leisten, damit unsere Welt auch für künftige Generationen lebenswert bleibt. Dabei ist sowohl ein achtsamerer Umgang mit der Natur als auch eine grundlegend andere Haltung notwendig. Die Natur ist nicht nur Ressourcenlager, sondern unser aller Lebens- und Überlebensgrundlage. Dies bedeutet eine grundlegende Veränderung unserer Lebensweise.

Die notwendige Transformation bedeutet für alle Menschen zahlreiche und nicht immer angenehme Veränderungen in ihrem Alltag, für Beschäftigte verändern sich Aufgaben und Arbeitsalltag. Das löst Ängste und Widerstände aus, insbesondere bei jenen, die nicht über die Ressourcen verfügen, die Veränderungsprozesse mitzugestalten und sich ihnen ausgeliefert fühlen. Diese Ängste werden wiederum durch populistische Kräfte und Parteien am extrem rechten Rand für ihre Zwecke missbraucht.

Es gibt eindeutige Zusammenhänge zwischen den aktuellen Herausforderungen. So hängen z.B. globale Migrationsbewegungen und die wachsende Ungleichheit zwischen dem globalen Süden und Norden und die Klimakrise unmittelbar zusammen und werden durch diese verstärkt. Dass die Klimakrise auch eine Gerechtigkeitskrise ist, zeigt sich schon am engen Zusammenhang zwischen Wohlstand und Ressourcenverbrauch: Global gesehen sind die Pro-Kopf-Emissionen des reichsten Prozents der Weltbevölkerung so hoch wie die ärmeren zwei Drittel der Menschheit. Die Klimakrise trifft somit diejenigen am stärksten, die sie am wenigsten zu verantworten haben. Das gilt auch für Deutschland.

Auch in Deutschland und hier in Baden-Württemberg hat die Klimakrise das Potential, soziale Spaltungen zu vertiefen. Die soziale Dimension der notwendigen ökologischen Transformation ist viel zu wenig berücksichtigt. So sind in den aktuellen klimapolitischen Entscheidungen einkommensschwache Haushalte noch nicht ausreichend im Blick. Diese befürchten daher zu Recht, mehr zu verlieren als zu gewinnen. Hier gilt es gegenzusteuern, auch um eine breite Zustimmung für den notwendigen Wandel zu sichern.

Deshalb: Wir sehen in der Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation entscheidendes Potential, um die klimapolitische Verantwortung zu stärken und soziale Verwerfungen zu überwinden. Im konsequenten Zusammenwirken von ökologischem und sozialem Mehrwert entstehen neue politische und praktische Lösungen, die beiden Zielen zuträglich sind. Dieses

Zusammenspiel ist in einem demokratischen Staatswesen die Voraussetzung dafür, dass zahlreiche Menschen die notwendigen Veränderungen mittragen. Transformation ist keine Bedrohung, sondern die Chance, Veränderungen nicht nur geschehen zu lassen, sondern aktiv zu gestalten. Die Transformation muss als Chance auf ein gutes Leben für alle gestaltet werden und darf nicht bloße Worthülse bleiben. Niemand darf zurückgelassen, niemand darf alleine gelassen werden – dafür muss der politische Rahmen geschaffen werden.

Die Transformation hat längst begonnen. Baden-Württemberg hat eine breite industrielle Basis und eine starke Wirtschaftskraft. Diese hat sich zu großen Teilen aus einer nicht ressourcenschonenden Industrie entwickelt, getrieben von fossilen Energien. Das begründet einerseits eine besonders drängende Notwendigkeit für die Transformation. Der wirtschaftliche Erfolg schafft andererseits die Voraussetzungen, die Transformation zu schaffen. Die Qualität des Wissenschaftsstandortes, eine weitgehende Sozial- und Tarifpartnerschaft, eine aktive Zivilgesellschaft und ein verlässliches Netz der sozialen Daseinsvorsorge sind weitere Stärken unseres Landes. Wir haben deshalb zurecht sowohl den Anspruch als auch die Fähigkeiten, die sozialökologische Transformation zu meistern. Daraus ergibt sich für Baden-Württemberg eine besondere Verantwortung.

Damit dies gelingt, sind insbesondere folgende Schritte notwendig:

1. Sozialökologische Transformation gerecht gestalten

Eine sozialökologische Transformation erfordert eine faire Aufteilung der Lasten.

Im Mittel tragen Menschen mit höheren Einkommen durch größeren Ressourcenverbrauch deutlich stärker zu Umwelt- und Klimaschäden bei als Menschen mit geringeren Einkommen. Ein suffizienter, d.h. ein ressourcenschonender Lebensstil, ist eine wichtige Voraussetzung für eine klimaneutrale Gesellschaft.

Deshalb ist es eine Gerechtigkeitsfrage, dass Menschen mit hohem Einkommen stärker zur Lösung der Klimakrise beitragen müssen.

Steuer- und ordnungspolitische Maßnahmen zum Klimaschutz müssen dies berücksichtigen. Nur aus einem Gefühl der gerechten Lastenteilung sind Menschen bereit, Veränderungen mitzutragen. Daher sind alle Maßnahmen auf die Frage ihrer sozialen Auswirkungen hin zu überprüfen. Zusatzbelastungen für einkommensschwache Haushalte sind konsequent zu vermeiden oder auszugleichen. Und: Derzeit sind nachhaltige Produkte in aller Regel deutlich teurer als „konventionelle“. Ein ökologischer, nachhaltiger Lebensstil darf aber keine Frage des Einkommens sein, Klimaschutz kein elitäres Projekt von wenigen gutsituierten Menschen. Das Existenzminimum muss ökologisch nachhaltige Teilhabe ermöglichen.

2. Wirtschaft sozialökologisch ausrichten

Der ordnungspolitische Rahmen muss Anreize für soziale und ökologische Innovationen setzen und Fehlanreize abschaffen, sodass sich nachhaltiges Handeln ökonomisch lohnt.

Die notwendige Transformation gelingt, wenn dadurch sozial und ökologisch vorbildliches Wirtschaften begünstigt wird. Aktuell wird häufig genug klimaschädliches Wirtschaften ökonomisch belohnt und damit gefördert. Das Gegenteil muss der Fall sein: Sozialökologisch verantwortliches Handeln sollte belohnt werden. Dafür braucht es die richtigen Rahmenbedingungen.

Über eine konsequent sozialökologische Steuer- und Förderpolitik, an der richtigen Stelle ergänzt durch regulatorische Vorgaben, müssen auch solche Kosten in die Preise der Produkte einfließen, die heute von der Allgemeinheit getragen werden (z.B. Kosten der dadurch verursachten Umweltzerstörungen). Klimafreundliche, ressourcenschonende sowie sozial und ethisch verträgliche Produktion muss sich betriebs- und volkswirtschaftlich rechnen. Waren und Dienstleistungen sind ressourcenschonend und CO₂-neutral herzustellen.

Wenn sich in Folge der Transformation die Art des Wirtschaftens verändert, so muss dies für die Beschäftigten mit einem hohen Maß an Sicherheit rund um den Arbeitsplatz und des Einkommens verbunden sein. Beschäftigte dürfen nicht zu Verlierern des Wandels werden. Dazu muss es gelingen, dass Unternehmen Produkte und Prozesse am Grundsatz der ökologischen Nachhaltigkeit ausrichten und diese nicht an Standorte mit geringeren Umweltstandards, geringeren Arbeitnehmer*innenrechten und geringeren Löhnen verlagern. Von den Unternehmen erwarten wir Zukunftskonzepte für bestehende Standorte in den Regionen und Arbeitsplätze. Das bedeutet neben Beschäftigungssicherung konkret die vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien und die langfristige Etablierung einer Kreislaufwirtschaft mit stark reduziertem Ressourcenverbrauch.

Statt Arbeitsplatzverlust und Zukunftssorgen müssen umfassende Qualifizierung und Weiterbildung Kennzeichen des Wandels werden. Sie sind unabdingbare Voraussetzungen für das Gelingen. Sowohl Unternehmen als auch öffentliche Hand haben hier eine umfassende Verantwortung,

Erneuerbare Energien, Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Mobilität und andere Aspekte der sozialökologischen Transformation haben das Potenzial für neue Arbeitsplätze. Diese neuen Arbeitsplätze müssen sich durch gute Arbeit (u.a. gute Bezahlung, Tarifverträge, Betriebsrat und Mitbestimmung) auszeichnen.

3. Sozialökologische Infrastruktur ausbauen

Die bestehende Infrastruktur muss in einer Weise umgebaut werden, dass die Kosten gerecht geteilt und die Zugänge für alle möglich sind.

Investitionsströme sind von ressourcenbelastender (grauer) Infrastruktur (z. B. Autobahnen, Kohlekraft, ressourcenintensives und energieineffizientes Bauen) in ressourcenschonendere (klimafreundliche) Infrastruktur (z. B. Schienen, Windräder, ressourcensuffizientes und energieeffizientes Bauen) umzulenken. Klima- und umweltschädliche Subventionen sind konsequent abzubauen. Ergänzt durch sozial gerechte Kostenverteilung entsteht ein direkter Mehrwert für Menschen mit kleinen Geldbeuteln und eine massive Reduktion des CO₂-Ausstoßes. Damit zukunftsfähiges Konsumieren und Wohnen sowie zukunftsfähige Mobilität für alle Menschen möglich ist, müssen z. B. der ÖPNV nicht nur ausgebaut, sondern auch für alle bezahlbar und erreichbar werden. Die CO₂-Bepreisung muss dabei sowohl die Finanzierung der dringend notwendigen öffentlichen Investitionen ermöglichen als auch mit einer sozialen Umverteilung verbunden sein. Der Ausbau öffentlichen Wohnungsbaus darf nur energie- und flächeneffizient erfolgen. Soziale Leistungen müssen bedarfsdeckend sein, einen nachhaltigen Lebensstil ermöglichen und in der Refinanzierung der Leistungserbringer müssen die Kosten des Klimaschutzes berücksichtigt sein.

4. Bestehenden sozialökologischen Mehrwert heben und stärken

Ressourcenschonendes Handeln sollte unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Schichten gestärkt werden.

In der Verantwortung für die Gestaltung der Daseinsvorsorge entwickelt die Sozialwirtschaft bereits heute praktische Ansätze, die den sozialökologischen Mehrwert heben, z. B. mit Upcycling in Projekten mit Menschen in Arbeitslosigkeit, Energieberatung für einkommensschwache Haushalte, Tafelläden, Foodsharing und Bürgerbusse. Um gute und erprobte Ansätze vom Modell in die Fläche zu bringen und neue wirksame Angebote zu entwickeln, sind mehr sektorenübergreifende Kooperationen sowie eine öffentliche Förderung dieser Arbeit notwendig. Dabei ist zu beachten, dass zwar die einkommensschwachen Haushalte einen kleinen Teil der Emissionen verantworten, aber oft auch nicht die Mittel zur Anpassung, wie z. B. Gerätetausch, haben. Ansätze wie bspw. der „Stromsparmcheck“ zeigen, dass hier ein enormes Einsparpotential von CO₂-Emissionen liegt, das mit geringen Mitteln

gehoben werden kann. Warentauschangebote oder so genannte „Repair-Cafés“ müssen zum Standardangebot in den Wohnquartieren werden.

5. Daseinsvorsorge sozialökologisch fördern

Die Refinanzierung der freien Wohlfahrtspflege muss bei den Investitions- und Betriebskosten den Aspekt der Nachhaltigkeit berücksichtigen.

Die freie Wohlfahrtspflege stellt mit ihren Diensten und Einrichtungen nicht nur den wesentlichen Teil der sozialen Infrastruktur dar. Sie steht auch für eine Vielzahl von Mitarbeitenden, ehrenamtlich Engagierten, Gebäuden, Mobilitätsbedarfen, Beschaffungsprozessen, etc. Damit geht eine Verantwortung einher, der wir gerecht werden wollen. Damit dieses Potential gehoben werden kann, müssen die Rahmungen der Refinanzierung unserer Arbeit gemäß den Anforderungen aus den Klimaschutzgesetzen von Bund und Land um die ökologische Perspektive erweitert werden. Nur so können z. B. im Neubau bzw. Sanierung eines Pflegeheims oder dessen Betrieb die erforderlichen ökologischen Standards erfüllt werden.

Zukunft gemeinsam gestalten: Unsere Haltung und Erwartung

- **Die Unterzeichnenden sehen sich in der Gestaltung der sozialökologischen Transformation selbst gefordert und verantwortlich, ihren Beitrag zu leisten.**
- **Wir appellieren an die politisch Verantwortlichen in Baden-Württemberg, neben den technischen Aspekten der Transformation konsequent die sozialen und ökologischen Aspekte der Transformation zu berücksichtigen und die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.**
- **Wir appellieren an die Verantwortlichen in den Unternehmen, ihre Entscheidungen konsequent an den sozialen und ökologischen Aspekten der Transformation auszurichten sowie die Beschäftigten und die Betriebsräte umfassend zu beteiligen.**
- **Politik und Wirtschaft sind aufgefordert, die Zugänge, Erfahrungen und das Wissen der Sozialverbände, der Naturschutzverbände und der Gewerkschaften stärker einzubeziehen. Die sozialökologische Transformation können wir nur gemeinsam meistern.**

Unterzeichnende Organisationen:

- AWO Bezirksverband Baden e.V.: www.awo-baden.de
- AWO Bezirksverband Württemberg e.V.: www.awo-wuerttemberg.de
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Baden-Württemberg e.V.: www.bund-bawue.de
- Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart e. V.: www.caritas-rottenburg-stuttgart.de
- Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e.V.: <https://www.dicvfreiburg.caritas.de>
- Das Diakonische Werk der Evangelischen Landeskirche in Baden e.V.: <https://www.diakonie-baden.de>
- Der Paritätische Wohlfahrtsverband Landesverband Baden-Württemberg e.V.: www.paritaet-bw.de
- Deutscher Gewerkschaftsbund Baden-Württemberg: <https://bw.dgb.de>
- Diakonisches Werk der evangelischen Kirche in Württemberg e. V.: www.diakonie-wuerttemberg.de
- Israelitische Religionsgemeinschaft Baden K.d.ö.R.: www.irg-baden.de
- Israelitische Religionsgemeinschaft Württembergs K.d.ö.R.: www.irgw.de
- NaturFreunde Württemberg e.V.: www.naturfreunde-wuerttemberg.de